



Auszug

aus der Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Rohrbach-Berg vom 03.07.2025.

16. Bericht und Beschlüsse aus dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten vom 17.06.2025

Sachverhalt:

Die Sitzung des Verkehrsausschusses hat am 17.06.2025 stattgefunden und wurde über folgende Themen beraten:

1. Beratung über einen Schutzweg und eine 30 km/h Beschränkung vor dem Schulzentrum (Linzer Straße)

Der Verkehrsausschuss hat über die Errichtung eines Schutzwegs sowie die Verordnung einer 30 km/h-Beschränkung vor dem Schulzentrum beraten, um die Verkehrssicherheit für die Kinder an dieser unübersichtlichen Stelle zu verbessern. Laut GR Gerhard Kraml sollte der Schutzweg direkt auf der Kuppe Höhe Finanzamt errichtet werden, da dies zugleich eine Geschwindigkeitsreduktion bewirken würde. Zugleich sollte eine 30 km/h-Zone für die Linzer Straße beschlossen werden. Die Beschränkung auf 30 km/h sollte ab Höhe Anfang Finanzamt bis zum Kreisverkehr beschildert sein, mit entsprechender Kennzeichnung des Beginns und des Endes der Zone.

Zur Errichtung eines Schutzwegs wird festgehalten, dass aufgrund der fehlenden Einsicht durch die Geländekuppe beim Finanzamt die Voraussetzungen für einen Schutzweg nicht gegeben sind. Diese Einschätzung wird von Herrn [REDACTED] von der Polizei bestätigt.

Bezüglich der 30 km/h-Beschränkung im Bereich vom Finanzamt bis zum Kreisverkehr wird diskutiert, wie weit die Beschränkung reichen soll und ob auch die Haslacherstraße miteinbezogen werden kann. Laut Verkehrssachverständigem [REDACTED] vom Land werden derzeit jedoch ausschließlich 30 km/h-Beschränkungen vor Schulen genehmigt.

Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten hat auf dieser Grundlage einstimmig die Verordnung einer 30 km/h-Beschränkung im Bereich vor dem Schulzentrum (konkret: vom Finanzamt bis zum Kreisverkehr) beschlossen.

→ Weitere Schritte:

- Einholung eines diesbezüglichen Sachverständigengutachtens
- Erstellung einer diesbezüglichen Verordnung
- Beschlussfassung dieser Verordnung im Gemeinderat am 30.09.2025

2. Beratung über einen Schutzweg vor dem Gymnasium (Hopfengasse)

Der Verkehrsausschuss hat auf Anregung von Herrn Direktor Stelzer vom Gymnasium darüber beraten, ob vor der Schule ein Schutzweg errichtet werden soll. Ziel ist es, die Verkehrssicherheit für die Kinder an dieser unübersichtlichen Stelle zu verbessern

In der anschließenden kurzen Diskussion wurde die Notwendigkeit eines Schutzwegs an dieser Stelle hinterfragt. Es wurde darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich bereits eine 30 km/h-Beschränkung verordnet ist, zudem zu den Stoßzeiten auch Schülerlotsen durch die Schule gestellt werden. Es steht diese Situation in keinem Verhältnis zu anderen vorhandenen Schutzwegen. Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten hat das Ansuchen um Errichtung eines Schutzwegs vor dem Gymnasium in der Hopfengasse einstimmig abgelehnt.

3. Beratung über das vorliegende Ansuchen über eine 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung im Ortsgebiet von Gattergassling

Der Verkehrsausschuss wurde beauftragt, über ein Ansuchen zur Verordnung einer 30 km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung im Ortsteil Gattergassling zu beraten. Herr Stefan Leibetseder sucht im Namen der Jungeltern von Gattergassling um diese Geschwindigkeitsbeschränkung an, Ziel der Maßnahme ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kleinkinder, in diesem Bereich.

Vom Obmann Vizebürgermeister Hötendorfer wurde darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine ähnliche Ausgangslage, wie bei den bisherigen Anträgen in Arbesberg und Gollner handelt. Diese befinden sich derzeit noch in Prüfung durch den Verkehrssachverständigen des Landes, Herrn Maurer.

Sobald die Ergebnisse dieser Verfahren vorliegen und positiv beurteilt werden, soll auch das Ansuchen aus Gattergassling in weiterer Folge gemeinsam mit Herrn Maurer besprochen werden.

Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten hat einstimmig beschlossen, das Ansuchen von Herrn [REDACTED] nach Vorliegen der Ergebnisse der laufenden Verfahren (Arbesberg, Gollner) erneut zu behandeln.

4. Beratung über die Errichtung eines Fahrradabstellplatzes am Hanriederparkplatz

Der Verkehrsausschuss hat über die Errichtung eines Fahrradabstellplatzes am Hanriederparkplatz beraten, da vermehrt Bedarf an sicheren Abstellmöglichkeiten festgestellt wurde. Insbesondere wurde angemerkt, dass Pendler sowie Bürgerinnen und Bürger, die von dort aus zu einer Tagesbusreise aufbrechen, derzeit keine Möglichkeit haben, ihre Fahrräder sicher abzustellen.

Aus diesem Grund wurde zusätzlich die Anregung eingebracht, an diesem Standort einen Abstellplatz für Fahrräder und Mopeds zu schaffen – idealerweise in Form eines überdachten Carports oder zumindest durch die Installation von geeigneten Haltebügeln.

Aufgrund der neu angebrachten Bodenmarkierungen sowie des zunehmenden Aufkommens an Fahrradfahrern, die den Parkplatz nutzen, möchte die Stadt an diesem Standort eine Möglichkeit schaffen, Fahrräder sicher abzustellen.

In einem ersten Schritt soll dies durch die Aufstellung von Fahrradständern und entsprechende Bodenmarkierungen erfolgen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, den Abstellplatz mit einer Überdachung auszustatten, die ausschließlich in Eigenleistung durch die Mitarbeiter des Bauhofs errichtet werden soll.

Alle Ausschussmitglieder begrüßen das Vorhaben ausdrücklich.

Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten hat einstimmig die Errichtung eines Fahrradabstellplatzes am Hanriederparkplatz beschlossen.

5. Beratung über die von der VCÖ bekannt gegebenen Problemstellen beim Radfahren in der Stadtgemeinde

Der Verkehrsausschuss hat über die vom Verkehrsclub Österreich (VCÖ) übermittelten Problemstellen für den Radverkehr in der Stadtgemeinde beraten

- mangelnde ÖV-Anbindung, Gefährliche Stelle (z.B. Dooring-Gefahr, Kfz halten zu wenig Seitenabstand). Der Mehrzweckstreifen entgegen der Einbahn ist häufig verparkt, auf der Fahrbahn in Richtung der Einbahn besteht ständige Dooring-Gefahr. (Stadtplatz)
- kein Radweg, Radweg endet an dieser Kreuzung plötzlich, durch erhebliches Verkehrsaufkommen und generelle darauffolgende Engstellen wird sehr knapp überholt. (Hanriederstraße)
- Kein oder mangelhafter Fahrrad-Abstellplatz. Die Fahrradständer sind entweder bis zur Unbenützbarkeit verbogen oder so aufgestellt (z. B. bei DM), dass man sie nur von einer Seite aus nutzen könnte, und das auch nur, wenn man damit den Gehsteig bis auf ca. 30 verbleibende cm Breite "versperrt". Das Personal sagt, diese sinnlose Aufstellung sei Vorgabe durch die Regionalleitung. (Wirtschaftszeile)
- Kein oder mangelhafter Fahrrad-Abstellplatz. Der Weg zum Radständer ist meist durch einen Werbe-A-Ständer oder Schütten des Drogeriemarktes Müller versperrt. (RCR)
- Mangelhafter Radweg (z.B. zu schmal, uneben). Geh und Radweg wird seit Fertigstellung als Lagerplatz für diverse Baustellen genutzt. Täglich gefährliche Begegnungen mit Baufahrzeugen. (Götzendorfer Steig)

Der Obmann, Vizebürgermeister Franz Hötendorfer, hat über die Bekanntgabe der Problemstellen für Radfahrer im Stadtgebiet Rohrbach-Berg, welche vom VCÖ (Verkehrsclub Österreich) übermittelt wurden, berichtet.

Der Ausschuss sieht sich die einzelnen Punkte gemeinsam an und stellt fest, dass es sich nur um drei Stellen handelt, die im Verantwortungsbereich der Stadtgemeinde liegen und diese werden behoben.

In Folge wurde beschlossen, dass die genannten Problemstellen zu beheben sind und künftig verstärkt auf die Sicherheit der Radfahrer im Stadtgebiet zu achten ist.

6. Beratung über die Errichtung von Bodenmarkierungen beim Zubringer Wandschaml

Der Verkehrsausschuss soll über die Errichtung von Bodenmarkierungen oder das Anbringen von Leitpflöcken beim Zubringer Wandschaml beraten.

Ziel ist die Verbesserung der Sichtbarkeit bei Nacht für Radfahrer, Fußgänger sowie den LKW- und PKW-Verkehr, um die Verkehrssicherheit an dieser Straße zu erhöhen.

Der Stadtgemeinde liegen zwei Angebote vor – eines für Bodenmarkierungen und eines für Leitpflöcke.

Nach eingehender Beratung stellt der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten fest, dass die Variante mit Leitpflöcken die dauerhafteste und sinnvollste Lösung darstellt.

Begründung:

- Bodenmarkierungen müssen mindestens alle drei Jahre erneuert werden.
- Leitpflöcke verfügen über integrierte Schneestangen, wodurch im Winter das Setzen von Holzschneestangen entfällt – was auch Arbeitszeit spart.

Der Obmann wird sich hinsichtlich Zeitpunkt und konkreter Umsetzung noch mit Bürgermeister Andreas Lindorfer abstimmen.

7. Allfälliges

1. Parksituation bei der Berufsschule

Die Berufsschule hat an die Stadtgemeinde den Wunsch herangetragen, die der Schule zur Verfügung gestellten Parkplätze in Kurzparkzonen umzuwandeln.

Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten hat sich die Situation vor Ort angesehen und festgelegt, dass als 1. Schritt der abzuklären ist, ob die Berufsschule dies wünscht, und wenn dem so ist, wird für die betroffenen Parkflächen eine Kurzparkzone verordnet.

Hinweis: diese VO ist dann dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzuliegen.

2. Europäische Mobilitätswoche 2025

Der Ausschuss hat die mögliche Beteiligungen an der Europäischen Mobilitätswoche 2025 besprochen.

Der gesamte Ausschuss spricht sich dafür aus, bei folgenden zwei Aktivitäten teilzunehmen:

- Bürgermeister- und Vizebürgermeister-Challenge
- Apfel-Zitronen-Aktion

Die Teilnahme an diesen beiden Aktionen wird einstimmig befürwortet.

3. Geschwindigkeitsmessung Bahnhofstraße (stadtauswärts)

Vom Obmann, Vizebürgermeister Franz Hötendorfer wurde vorgeschlagen, eine erneute Geschwindigkeitsmessung in der Bahnhofstraße stadtauswärts durchzuführen. Ziel ist es, nach Rücksprache mit Verkehrssachverständigem Herrn Maurer zu prüfen, ob an dieser Stelle doch ein Schutzweg errichtet werden kann.

Der Vorschlag wird vom Ausschuss einstimmig gutgeheißen.

4. Tiefgaragenausfahrt RCR – Haltelinie

Herr Peter Oberngruber hat darauf hingewiesen, dass bei der Tiefgaragenausfahrt des RCR die Haltelinie verblasst bzw. nicht beachtet wird. Herr Christoph Neumüller hat die Klärung und Veranlassung der Erneuerung der Haltelinie zugesagt.

5. Parkmarkierungen am Stadtplatz (Einbahn, vor Geschäften)

Herr Peter Oberngruber hat darum gebeten, dass die Längsparkplätze entlang der Einbahn am Stadtplatz, insbesondere vor den Geschäften,– neu markiert bzw.– die Trennlinien zwischen den einzelnen Parkplätzen vom Bauhof nachgezogen werden.

Die Anregung wurde aufgenommen und weitergeleitet.

6. Parkplätze vor dem Freibad

Herr Wolfgang Sonnleitner (Polizei) hat angemerkt, dass die Parkplätze vor dem Freibad besser gekennzeichnet werden sollen.

Es soll klar kommuniziert werden, dass diese Parkplätze ausschließlich für Freibadbesucher gedacht sind und nicht von Schülern oder der Allgemeinheit genutzt werden dürfen.

Der Vorschlag wird vom Ausschuss positiv aufgenommen, eine entsprechende Kennzeichnung bzw. Information wird veranlasst.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat wird um Kenntnisnahme des Berichtes aus dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten ersucht.

Anlagen:

KEINE

Wortmeldungen:

GR Anreiter befragt sich, warum beim Gymnasium kein Schutzweg gemacht werden könne. Das Thema wird von Bgm Lindorfer erörtert, er betont, dass oftmals die Schutzwege gefährlicher seien, als wenn keine sind, da diese von den Verkehrsteilnehmern nicht ausreichend beachtet werden und beim Gymnasium v.a. in der Früh „Ausnahmezustand“ herrsche.

GR Peherstorfer bringt an, dass LKW's der Fa. Winkler über den Götzendorfersteig vermehrt vom Penderparkplatz Möbelix über Götzendorfersteig und den Geh- und Radweg bei Fam. Hurnaus unterwegs sind. Bgm Lindorfer wird sich um dieses Thema annehmen und mit der Polizei Kontakt aufnehmen.

Parksituation Berufsschule:

GR Schönberger erklärt, dass die Berufsschule keine Kurzparkzone möchte, die Berufsschüler aber sehr unverschämt sind und durchgehend die Lehrerparkplätze belegen. Die Berufsschule kann dies leider nicht mit einem Abschleppdienst lösen, da diese Schüler nicht abschleppen. Ein Lösungsansatz wäre eine Besitzstörungsklage durch die Gemeinde.

Beschluss:

Auf Antrag von Bürgermeister Lindorfer beschließt der Gemeinderat einstimmig durch Handerheben (31 Stimmen) die Beantragung der 30 km/h Beschränkung beim Schulzentrum.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht aus dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten einstimmig durch Handerheben (31 Stimmen) zur Kenntnis.

Der Auszug ist mit dem Original gleichlautend.
Rohrbach-Berg, am 22.06.2026

F. d. R. d. A.

